



# Platz für Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit

Reden der Alterspräsidentin und des Landtagspräsidenten zur konstituierenden Sitzung des 6. Thüringer Landtags

Genau einen Monat nach der Landtagswahl am 14. September kam am 14. Oktober der 6. Thüringer Landtag mit seinen 91 Abgeordneten zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Präsidenten des Landtags wurde Christian Carius (CDU) gewählt. Margit Jung, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, ist eine der zwei Vizepräsidenten. Die LINKE-Abgeordneten Kati Grund, Katja Mitteldorf, Christian Schaft und Rainer Kräuter wurden zu Schriftführern gewählt (von insgesamt 14). Sabine Berninger und Steffen Harzer gehören dem Wahlprüfungsausschuss an. Mit dem Beschluss über die Anzahl der Mitglieder des Ältestenrates sind der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow, Margit Jung, André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, sowie Dr. Gudrun Lukin Mitglieder dieses Gremiums.

Als Alterspräsidentin eröffnete die CDU-Abgeordnete Elke Holzapfel (69 Jahre) die konstituierende Landtagssitzung, sie begrüßte besonders auch die 36 Abgeordneten, die neu in den Thüringer Landtag eingezogen sind und stellvertretend für alle den LINKE-Abgeordneten Christian Schaft, der mit 23 Jahren der jüngste Abgeordnete ist.

„Lassen Sie mich zur Eröffnung dieser Legislaturperiode noch einmal mit dem Hinweis auf ein historisches Ereignis schließen“, sagte Frau Holzapfel und führte aus: „Ein Zitat, welches Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, täglich lesen können, an dem Sie täglich vorbei gehen, es stammt von Ricarda Huch, einer Historikerin und Schriftstellerin. Sie war Alterspräsidentin der Thüringer Landesversammlung, die im Juni 1946 einberufen wurde, um den Wiederaufbau der staatlichen Ordnung in Thüringen vorzubereiten.“

Ihre Worte sollten Leitbild für unsere zukünftige Arbeit sein: 'Es ist dem Lande Thüringen beschieden, dass niemals mehr im wechselnden Geschehen ihm diese Sterne untergehen: Das Recht, die Freiheit und der Frieden.'“

In seiner Antrittsrede hatte Landtagspräsident Christian Carius (CDU), der in der vergangenen Legislaturperiode in der Thüringer Landesregierung Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr war, unterstrichen: „Ich will zur Politikgestaltung in einem grundsätzlichen und überparteilichen Sinne beitragen, soweit das allen



menschlichen Unzulänglichkeiten zum Trotz möglich ist. Und ich will zum Gespräch und Diskurs einladen. Grundsätzliches muss auch auf Landesebene gesagt und gegebenenfalls immer wieder gesagt werden.

Das gilt in besonderer Weise für den politischen Extremismus, im Thüringer Fall leider für den menschenverachtenden und widerlichen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Dieses Thema muss uns selbst weiter beschäftigen, wenn die Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse be-

endet ist und strafrechtliche Urteile gefallen sind. Auch wenn die Zahl der Täter klein sein mag – es ist keine Episode im Sinne einer landesgeschichtlichen Fußnote: Die stete Erinnerung ist auch Prävention gegen diesen Ungeist und seine furchtbaren Folgen.

Das gilt – und der Kontext ist unübersehbar – für den Holocaust und alle Formen des in neuer Form erscheinenden Antisemitismus. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, die Diskriminierung von Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer

sexuellen Orientierung haben in Thüringen keinen Platz. Das ist für anständige Menschen selbstverständlich, aber es muss angesichts bestimmter Erscheinungen, Redebeiträge oder Übergriffe immer wieder öffentlich und unmissverständlich gesagt werden. Darüber müssen wir uns in diesem Landtag über alle Fraktionen hinweg einig sein. Was bei uns Platz hat, ist Freiheit, Toleranz, Weltoffenheit.

Fotos: Peter Lahn (oben die 28 LINKE-Abgeordneten, mit auf dem Foto, r. A. Rothe-Beinlich, Grüne)

## Margit Jung zur Vizepräsidentin des Landtags gewählt



Mit 51 Stimmen und damit einer deutlichen Mehrheit – über das rot-rot-grüne Lager hinaus – ist Margit Jung in der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags zur Vizepräsidentin gewählt worden. Damit wird auch ihr jahrelanges Wirken als ausgewiesene Sozialpolitikerin der Fraktion DIE LINKE mit einer starken kommunalpolitischen Verankerung in Gera gewürdigt. Mit Margit Jung erhält der Thüringer Landtag eine Vizepräsidentin, die zum dritten Mal nacheinander ihren Wahlkreis in Gera gewonnen hat. Die LINKE-Politikerin, die auch bereits stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der vergangenen Legislatur war und kürzlich von der Fraktion wiedergewählt wurde, hat sich mit ihrer glaubwürdigen und verlässlichen politischen Arbeit z.B. bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten in Thüringen über die Parteigrenzen hinweg einen guten Ruf erarbeitet. Erster Gratulant war Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende (s. Foto). Der Geraer Stadtvorsitzende der LINKE, Andreas Schubert, erklärte mit Blick auf die Regierungsbildung: „Ein Politikwechsel ist dringend notwendig. Denn in Gera kann es erst besser werden, wenn es in Erfurt, in der Landesregierung, anders wird.“

Das neugewählte Landtagspräsidium leitet zusammen mit dem Ältestenrat die Arbeit des Parlaments. Landtagspräsident Christian Carius (CDU) erhielt bei der Wahl am 14. Oktober 63 Stimmen. 14 Abgeordnete stimmten gegen ihn, 14 enthielten sich. Für Vize-Landtagspräsidentin Margit Jung (LINKE) stimmten 51 Abgeordnete, 32 gegen sie, 8 enthielten sich. Vize-Landtagspräsident Uwe Höhn (SPD) erhielt 69 Stimmen bei jeweils 11 Nein-Stimmen und Enthaltungen.

# „Wenn keine Einigung, dann Geschäftsordnung“

Zur konstituierenden Landtagssitzung Diskussion eines Antrag der Grünen

**Zur konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 14. Oktober hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtags gestellt. Damit wollten sie erreichen, dass alle Fraktionen im Landtagspräsidium repräsentiert sind, neben den Grünen wäre das dann auch die Fraktion der AfD gewesen. Der Antrag wurde abgelehnt und im Sinne der geltenden Geschäftsordnung erhielten die drei stärksten Fraktionen (CDU, LINKE und SPD) je einen Präsidiumsplatz (siehe Bericht S.5).**

Astrid Rothe-Beinlich hatte den Antrag der Grünen begründet und erklärt, dass man der Demokratie einen Bärendienst erweise, wenn man sie mit undemokratischen Vorgaben beschränke. Die Ablehnung der Fraktion DIE LINKE hatte deren Parlamentarischer Geschäftsführer André Blechschmidt begründet. Er sagte: „Eine Geschäftsordnung ist jener Rahmen, der nicht nur die organisatorischen Voraussetzungen für handlungsfähige Strukturen vorgibt, sondern ist auch jene Leitlinie im gegenseitigen Umgang miteinander. Sie gilt für alle.“

Der LINKE-Abgeordnete verwies auf den ehemaligen Direktor des Thüringer Landtages, Dr. Linck, der die Geschäftsordnung eines Parlaments als das Fundament bezeichnet hatte, „das einerseits die existenzielle Voraussetzung für die parlamentarische Arbeit darstellt und andererseits dabei das Mehrheitsprinzip stützt und die Minderheitenrechte besonders würdigt und hervorhebt. Sie – die Geschäftsordnung – gilt für alle und sollte bei Veränderungen von allen mitgetragen werden“.

## Der Antrag wurde zur Steilvorlage für die AfD

Daher, so André Blechschmidt weiter, könne er „mit Fug und Recht sagen, dass in den zurückliegenden Tagen mit Blick auf diesen Rahmen, auf Wichtigkeit, Effizienz, Demokratie und auch Sparsamkeit, nach großer Gemeinsamkeit gesucht wurde“. Nicht zuletzt die Linksfraktion hatte entsprechende Vorschläge gemacht und die Abstimmung darüber gesucht, allerdings vergeblich. So bemühte der Parlamentarische Geschäftsführer in seiner Rede noch einmal Dr. Linck „in seiner mitunter verblüffenden Klarheit

und Deutlichkeit“, denn dieser hatte gesagt: „Wenn keine Einigung, dann eben Geschäftsordnung.“ Und diesem Gedanken schließe sich die Linksfraktion an und lehne den Antrag ab.

Im Übrigen hatte sich der Grüne-Antrag als eine Steilvorlage für die AfD erwiesen. Deren Fraktionsvorsitzender Björn Höcke nutzte sogleich die Gelegenheit zu seiner ersten Landtagsrede und machte mit populistischen Versatzstücken deutlich, was das Hohe Haus mit den Abgeordneten der Alternative für Deutschland erwartet.

So erklärte Höcke, sie seien eine Partei, „die nicht in Legislaturperioden denkt, sondern in Generationen“. Sie seien, und das kennt man ja schon von anderweitigen AfD-Proklamationen, „eine Partei des gesunden Menschenverstandes“. Und sie wollten sich dafür einsetzen, dass „nicht nur Wasser gepredigt wird, sondern auch Wasser getrunken wird“. Ja, und natürlich sind sie für „konstruktive Sachpolitik“, „ohne ideologische Grenzen“.

Die AfD lehnte den Antrag der Grünen ab, denn es müsse gespart werden. Und der Sparauftrag bedeute nicht ein Weniger an Demokratie. Es gehe vielmehr darum, „zu führen in Freiheit und Verantwortung“.

## Menschenkette der Solidarität mit Kobane



Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützte das Anliegen des Erfurter Kulturvereins Mesopotamien, der mit einer Mahnwache und einer Menschenkette vor Beginn der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 14. Oktober auf die dramatische Lage der Bevölkerung der kurdischen Stadt Kobanê in Nordsyrien aufmerksam gemacht hatte. In die Menschenkette hatten sich auch Abgeordnete und Mitarbeiter der Linksfraktion sowie der Grünen-Fraktion eingereiht.

Die Forderungen lauteten: Die anhaltenden Lieferungen mit Waffen, Munition und anderem Kriegsmittel zur Unterstützung der unter dem Namen „Islamischer Staat“ auftretenden Terrorbanden müssten umgehend beendet werden. Unerlässlich ist der Druck auf die türkische Regierung, damit humanitäre Unterstützung geleistet werden kann. Dazu gehört sowohl die Einrichtung eines Hilfskorridors für die Menschen in der heftig umkämpften Stadt Kobanê als auch die Aufstockung der humanitären Hilfe für die hunderttausenden Flüchtlingen aus Rojava/Syrien und Irakisch-Kurdistan sowie die Bekämpfung des IS mit seinen Strukturen und Finanzquellen.

Für die LINKE sprach deren Abgeordneter und stellvertretender Landesvorsitzender Steffen Dittes, der betonte, dass endlich auch die EU und Deutschland ihre humanitäre Verantwortung wahrnehmen müssen. Es gelte, „einen Flächenbrand zu verhindern“, „die Selbstverteidigungskräfte der Kurden zu stärken“ und das dortige Projekt der demokratischen Selbstverwaltung zu unterstützen. Steffen Dittes versicherte, „seien Sie sich unserer Solidarität gewiss“ und er überreichte den kurdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Menschenkette rote Rosen. Solidarität und Unterstützung betonte auch Madeleine Henfling von der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen.

## AfD-Fraktionsvorsitzender Anhänger der „Neuen Rechten“

„Nachdem Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen, bereits Interviews in der extrem rechten Zeitung ‚Zuerst‘ sowie in der ‚Blauen Narzisse‘ gegeben hatte, folgt nun die nächste Offenbarung“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Am 15. Oktober 2014 veröffentlichte die Zeitschrift „Sezession“ den ersten Teil eines Doppelinterviews mit Björn Höcke (Titel: „Björn Höcke, Stefan Scheil und die AfD“). „Sezession“ gehört zum „Institut für Staatspolitik“ (IfS), einer Organisation, die der intellektuellen „Neuen Rechten“ zuzuordnen ist – eine Strömung innerhalb der extrem-rechten Szene, die vor allem auf Ideologievermittlung setzt. An den Veranstaltungen des IfS nahmen u.a. auch Neonazis teil. „Erstaunlich ist, dass sowohl die Herausgeber als auch Björn Höcke selbst zugeben, schon länger miteinander zusammenzuarbeiten, was darauf hinweist, dass Höcke selbst Anhänger bzw. Teil der ‚Neuen Rechten‘ ist“, sagte Katharina König. In dem Interview sprechen die Herausgeber der „Sezession im Netz“ von einer „persönlichen Ebene“, man kenne Höcke und den zweiten Interview-Partner aus dem „Verlauf unserer langjährigen Verlagsarbeit, im Wandervogel, beim Militär oder auf einer der mittlerweile zahllosen Veranstaltungen des Insti-

tuts für Staatspolitik (IfS)“. „Interessant vor diesem Hintergrund ist zu erfahren, seit wann Björn Höcke dem Spektrum der ‚Neuen Rechten‘ angehört und inwieweit er deren Ideologie auch in seiner Zeit als Gymnasiallehrer vertrat“, erklärte Katharina König.

Die Abgeordnete betonte abschließend: „Hysterische Panikmache vor Flüchtlingen, Hetze gegen Moscheen, die (rechtliche) Verteidigung des ehe-

maligen NPD-Landesvorsitzenden Thomas Dienel, der die Verbrennung von ‚Negern‘ und ‚Fidschis‘ billigte, Hakenkreuze auf Facebook, die Vertretung des Konzepts des Ethnopluralismus, Interviews in extrem rechten Zeitungen...Die Handlungen diverser Abgeordneter der AfD Thüringen offenbaren ihr wahres, dem rechtspopulistischen Spektrum zuzuordnendes Gesicht.“

*Bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags, dem jetzt auch die Alternative für Deutschland (AfD) mit elf Abgeordneten angehört, haben die jungen, neu in den Landtag eingezogenen Parlamentarier der LINKEN Kati Grund und Christian Schaff mit (un-erlaubten) nonverbalen Zeichen protestiert: „Kein Platz für Rechtspopulismus und Nationalismus.“ Die Alterspräsidentin Elke Holzapfel sagte zwar, „ich verstehe Ihr Anliegen. Das verstehen wir sicher alle, aber“, so an die Abgeordnete Kati Grund gerichtet, „ich bitte sie, einfach ein neutrales T-Shirt über-*



*zuziehen“. Nachdem unter dem Kapuzenpullover mit den weißen Buchstaben „FCK AfD“ (Fuck AfD) ein T-Shirt mit der Aufschrift „FCK NZS“ (Fuck Nazis) erschien, brachte ihr die Landtagsverwaltung ein weißes T-Shirt, mit dem sie dann ihre erste Landtagssitzung - korrekt gekleidet - absolvierte.*

# Antikorruption: Transparenz im Schneckentempo

Elf Jahre „Wartezeit“ bei UN-Abkommen - Regelungen in Thüringen sind veraltet

**Im Rahmen der Debatte um den LINKE-Gesetzentwurf für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz hatte die Fraktion die CDU-SPD-Landesregierung auch aufgefordert, dass Thüringen im Bundesrat aktiv wird, dem UN-Abkommen gegen Korruption auch in Deutschland endlich zur Wirkung zu verhelfen. Mit dem LINKE-Gesetzentwurf vom Herbst 2013 sollte für Thüringen ein wirksames Instrument zur umfassenden Antikorruptionsarbeit geschaffen werden.**

Er beinhaltet u.a. die Einführung eines „Zuverlässigkeitsregisters“ für die Vergabe öffentlicher Aufträge, ein „Transparenzregister“ zur Offenlegung der Beteiligung „von außen“ an der Erarbeitung von Gesetzentwürfen, die Stärkung der Kompetenzen von Antikorruptionsbeauftragten und Verbesserungen in Struktur und Inhalt der Antikorruptionsarbeit öffentlicher Stellen.

## Knackpunkt ist die Abgeordnetenbestechung

Die Landtagsmehrheit lehnte den Gesetzentwurf als zu weitgehend ab, obwohl selbst die Landesregierung zugab, dass Korruption und Antikorruptionsarbeit wichtige Themen auch für Thüringen sind, nicht zuletzt weil steigende Fallzahlen zu verzeichnen sind. Der CDU-Innenminister kündigte an, zumindest die noch aus dem August 2002 stammende Thüringer Richtlinie, die seither nicht mehr überarbeitet worden war, zu aktualisieren. Bis jetzt ist diese Zusage nicht eingelöst.

Die LINKE-Fraktion fordert weiterhin – auch mit Blick auf Einschätzungen von Fachleuten – gesetzliche Regelungen, denn eine rein verwaltungsinterne Richtlinie ist hier zu wenig. Der Bundestag hat nach circa elf Jahren „Warteschleife“ Ende September das UN-

Abkommen gegen Korruption durch seine Zustimmung ins geltende hiesige Recht aufgenommen – damit ist Deutschland der letzte EU-Staat, schon über 170 andere UN-Mitgliedsstaaten waren zuvor dem UN-Abkommen beigetreten.

Knackpunkt bis zuletzt: Für die Umsetzung des UN-Abkommens in Deutschland ist auch die Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung notwendig. Dagegen sträubte sich vor allem die CDU.

## Karenzzeiten nötig

Doch der öffentliche Druck durch die UN und internationale Antilobby-Organisationen war schließlich so groß, dass es zu dieser notwendigen Gesetzesänderung kam. Allerdings geschah dies in Form einer Art „Minimal-Lösung“, die von Organisationen wie z.B. Lobby-Control als in der Sache nicht ausreichend kritisiert wird.

Lobby-Control und Transparency bemängeln, dass in Bund und Ländern, auch bezogen auf andere Problemfelder wie z.B. Regulierung von Nebentätigkeiten, zur Lobbyismus-Eindämmung und zur Stärkung der Antikorruptionsarbeit zu wenig getan wird.

Mit Blick auf aktuelle Fälle auf Bundesebene fordern die Antilobby-Organisationen u.a. eine Karenzzeit von mindestens drei Jahren zwischen Ausscheiden aus dem Amt und Aufnahme einer neuen Tätigkeit in der Wirtschaft.

Sinn und Zweck dieser Karenzzeiten werden z.B. am Fall des Ex-FDP-Gesundheitsministers Daniel Bahr deutlich. Er hatte als Minister die Absenkung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung (KV) zu verantworten. Dieser Schritt kam – wie im Gesetzgebungsverfahren prognostiziert – vor allem den privaten Krankenkassen zugute. 2011 trat ein Gesetz in Kraft, das

den Versicherten – und damit vor allem den Krankenversicherungen als Kostenträgern – bei neuen Medikamenten Preisnachlässe bringen soll. Auch für Fachleute überraschend wurde diese Regelung nicht nur für die gesetzlichen Krankenkassen eingeführt, sondern auch für die privaten Krankenversicherungen. Außerdem wurde in Bahrs Amtszeit neu geregelt, dass Menschen, die sich zusätzlich zur gesetzlichen Pflegeversicherung (PV) noch bei einer privaten Pflegeversicherung absichern, einen staatlichen Zuschuss zu diesen Beiträgen an die private PV bekommen. In nächster Zeit wird Bahr nun Generalbevollmächtigter des Konzerns Private Krankenversicherungen der „Allianz“.

## Zwei prominente Fälle

Solche „Verbandelungen“ sind auch „Problembaustellen“ in Thüringen. Zwei Fälle wurden besonders bekannt: Ministerpräsident Althaus wechselte nach seinem Ausscheiden zum Autozulieferer Magna, der ein Bieter in den Verhandlungen für den Opel-Standort Eisenach war. Ex-Staatssekretär Zimmermann, in seiner Amtszeit auch zuständig für (neue) Medien, wechselte danach in die Geschäftsführung der Firma Unister. Die LINKE hatte im Rahmen der Änderung des Ministergesetzes mit ihren Gesetzentwürfen zur Abschaffung der politischen Beamten in Thüringen und zum Antikorruptionsgesetz die Einführung von solchen Karenzzeiten gefordert. In der neuen Wahlperiode wird sich die Linksfraktion weiter für die Umsetzung ihrer Forderungen einsetzen. Denn das Zurückdrängen von verdeckter Einflussnahme jeglicher Art auf öffentliche Entscheidungsprozesse und die Herstellung von Transparenz sind unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie.

Sandra Steck

## VON A BIS Z:

### Engagementpreis

Die Jury des Deutschen Engagementpreises hat 15 Finalistinnen und Finalisten für den Publikumspreis nominiert. Einer der Nominierten ist Dittmar Heyder von der Verkehrswacht im Ilm-Kreis. Für ihn setzt sich auch die Landtagsabgeordnete der LINKEN Sabine Berninger ein. Bis zum 31. Oktober kann auf [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de) ganz unkompliziert abgestimmt werden.

Sabine Berninger betont: „Dittmar Heyder ist seit vielen Jahren (und auch jetzt noch, wo er eigentlich im Ruhestand ist) für die Verkehrswacht unterwegs. Unter anderem, um in Kitas und an Wochenenden bei Kinderfesten Angebote zu unterbreiten, die die Bewegungssicherheit der Kinder erhöhen und damit die Unfallgefährdung senken. Zum Beispiel durch Rollerfahren: ‘Das Rollerfahren fordert Kinder mit allen Sinnen, trainiert alle motorischen Fähigkeiten, vermittelt ein Gefühl für Beschleunigung und Geschwindigkeit und sie lernen, bei selbsterzeugter Bewegung ihre Umgebung wahrzunehmen’, so hatte die Verkehrswacht Ilm-Kreis vor knapp zwei Jahren einen Antrag bei der Alternative 54 e.V. begründet. Ich habe Dittmar Heyder häufig erlebt und bin sicher: wenn alle Kinder, die ihn kennengelernt haben, von dieser Abstimmung wüssten – sie würden abstimmen. Also: weitersagen, liken, teilen... zumal das Preisgeld ja auch sinnvoll angelegt würde, nämlich für einen geschwindigkeitsabhängigen Fahrradsimulator und Verkehrstrainer“, sagt Sabine Berninger. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Veranstaltung zur Erwerbslosenarbeit:

„Erwerbslosenarbeit gut gemacht“, ist der Titel einer Veranstaltung zu Themen, wie Grundsicherung, Leistungsrecht und Kosten der Unterkunft, am Sonntag, den 8. November, 10 bis 15 Uhr, im Kulturzentrum mon ami in Weimar, Goetheplatz 11. Auf der Veranstaltung des KOPOFOR Thüringen e.V. (Anmeldungen unter [info@kopofor-thueringen.de](mailto:info@kopofor-thueringen.de)) sprechen die Landtagsabgeordnete der LINKEN Ina Leukefeld sowie Harald Thomé, Tacheles e.V., und Vertreter des Weimarer Bündnisses SozialTransFair.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Sehbehinderte

Anlässlich des „Internationalen Tages des Weißen Stockes“ am 15. Oktober hatte MdL Karola Stange erklärt: „Zur Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben brauchen blinde und sehbehinderte Menschen einen angemessenen und bedarfsorientierten Nachteilsausgleich mittels eines bundeseinheitlichen Blindengeldes.“ Die Abgeordnete betonte das Engagement der LINKEN zur Erhöhung des Blindengeldes und Einführung eines Taubblindengeldes: „Wir werden uns für die weitere Ausgestaltung und Umsetzung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie die Novellierung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes einsetzen.“ ■

## Holzeinschlag

Mit Verweis auf die Bundeswaldinventur sagte MdL Tilo Kummer, dass „der Holzvorrat in Thüringens Wäldern trotz der massiven Schäden durch Kyrill angestiegen ist. Auch der jährliche Zuwachs an Holz ist mit 11,2 Kubikmetern pro Hektar deutlich höher“. Daher sollte „im Sinne der Nachhaltigkeit weniger Holz importiert und stattdessen der Einschlag erhöht werden“, Schwerpunkt seien schwerer zu bewirtschaftende Standorte, z.B. in Hanglagen, und ein wesentliches Hindernis für nachhaltige Waldbewirtschaftung die z.T. winzigen Grundstücke im Kleinprivatwald, dazu ungeklärte Eigentumsverhältnisse. „Es wird Aufgabe einer neuen Landesregierung sein, hier Fortschritte zu erreichen.“ ■

## Ausstellung

Noch bis zum 7. Dezember (dienstags bis donnerstags 10 bis 18 Uhr) zeigt der Erinnerungsort „Topf & Söhne“ in Erfurt, Sorbenweg 7, die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod. Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn“. Dokumentiert sind Einzelschicksale von Kindern, Frauen und Männern, die in den Tod transportiert wurden. Überlebende schildern in Zeitzeugeninterviews die grauenvollen Zustände in den Zügen. Die fahrplanmäßige und betriebliche Durchführung dieser Transporte durch die Reichsbahn wird anhand von Dokumenten und Grafiken dargestellt. Die Wanderausstellung wurde in Kooperation mit dem Centrum Judaicum und dem Deutschen Technikmuseum in Berlin erarbeitet. ■

## Nebeneinkünfte auf Euro und Cent

Die LINKE-Fraktion tritt für vollständige Transparenz und Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften von Abgeordneten ein. „Dazu gehört die Einführung der schon seit langem von uns per Gesetzentwurf geforderten Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent“, so MdL André Blechschmidt. Das in Thüringen praktizierte „Stufenmodell“ habe sich schon im Bundestag als unzureichend erwiesen, es müsse umgehend eine Nachbesserung für Thüringen erfolgen. „Die Menschen sollen sich durch eine umfassende Veröffentlichung der Daten ein möglichst vollständiges Bild darüber machen können, wie, wo und welche Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte Abgeordnete haben und ob daraus direkte oder indirekte Abhängigkeitsverhältnisse entstehen.“ Nicht nur das Stufenmodell bei Veröffentlichung von Nebeneinkünften und die gegebenenfalls entstehenden Abhängigkeitsverhältnisse seien problematisch, auch die seit Einführung Mitte der 90er Jahre von PDS- bzw. LINKE-Fraktion kritisierte automatische Diätenerhöhung gemäß Artikel 54 der Verfassung müsse endlich abgeschafft werden. ■

„Wann, wenn nicht jetzt...?“ ist nicht nur eine Frage, die Bodo Ramelow an die Thüringerinnen und Thüringer im Rahmen des Landtagswahlkampfes stellte, es war auch meine innerste Haltung zu der Chance, im September 2014 ein Praktikum bei der Fraktion DIE LINKE zu absolvieren.

Als Absolvent des Betriebswirtschaftsstudiums der Fachhochschule Erfurt erwirbt man wissenschaftliche Grundlagen, Methodenwissen sowie praktische Qualifikationen für verschiedene Tätigkeits- und Berufsfelder der Betriebswirtschaft. Um die Gesellschaft jedoch zu verstehen, muss man all ihre Facetten kennenlernen und nicht nur den dogmatischen Ansatz, wobei dem Blickwinkel, den man wählt, dabei eine entscheidende Rolle zukommt. Mein Blickwinkel sollte von links kommen. Die Chance auf einen Regierungswechsel, der Drang, mein Wissen auf dem Feld der Politik auszubauen, die freigewordenen zeitlichen Kapazitäten durch die Semesterferien und nicht zuletzt der Tipp eines Freundes und Genossen führten mich zu Frank Kuschel. Stasi-Kuschel??? Nein! Frank Kuschel. Abgeordneter des Thüringer Landtages und Experte im Bereich Kommunal Finanzen.

Ich halte nicht viel von den in der Presse entwickelten negativen Vorurteilen. Daher nahm ich Einsicht in die für jeden Bürger zugängliche Stasi-Akte über „Fritz Kaiser“. Diese zeigt nicht erst beim zweiten Mal hinsehen, dass die Bedeutung der von Frank Kuschel weitergegebenen Informationen die eines heute öffentlich gemachten Eintra-

# Transparenz und umfassende Information

NACHGEFRAGT bei Karola Stange, Erfurter Landtagsabgeordnete der LINKEN

**Das, was die Landtagsabgeordneten der LINKEN auf ihren Internetseiten schon länger tun, ist jetzt Pflicht für alle neu gewählten Abgeordneten des Thüringer Landtags, sie müssen innerhalb der nächsten drei Monate ihre Nebeneinkünfte veröffentlichen – im Handbuch des Landtags und auf der Internetseite des Parlaments.**

Zum Thema Nebeneinkünfte (siehe auch nebenstehende Erklärung von André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion) hatte sich die Thüringen-Redaktion der BILD-Zeitung an die Pressestelle der Linksfraktion gewandt, die auf die umfassenden Informationen der Abgeordneten der Linksfraktion im Internet verwies. Die Zeitung griff als Beispiel für die LINKE die Abgeordnete Karola Stange heraus.

**Was dann am 14. Oktober in der BILD stand, hat nicht nur Dich verärgert. Warum?**

Ich finde es mit Blick auf das Thema

demokratische Transparenz und umfassende öffentliche Information über die Arbeit von Abgeordneten sehr wichtig, dass auch Medien sich an der Schaffung dieser Transparenz beteiligen. Genauso wichtig ist aber auch eine ausgewogene Berichterstattung, gerade beim Thema Nebeneinkünfte und den Umgang damit.

Denn es ist ja schon so, dass es für das Gesamtbild und die Bewertung des Verhaltens der jeweiligen Abgeordneten durchaus einen Unterschied macht, ob sie die Nebeneinkünfte z.B. aus Aufwandsentschädigungen für Stadtrats- oder Kreistagsmitglieder komplett für sich behalten oder in erheblichen Teilen an gemeinnützige Projekte und Organisationen zur Unterstützung ihrer sozialen oder kulturellen Arbeit weitergeben.

**Wie war es jetzt im konkreten Fall, was hat die Zeitung daraus gemacht?**

Unter der Überschrift „Das verdienen unsere Abgeordneten nebenbei“ wurde nur die Einnahmeseite betrach-

tet – und das, obwohl Journalisten und jeder Interessierte im Internet eine detaillierte Aufschlüsselung zum weiteren Umgang mit den Nebeneinkünften sowie ausführliche Daten zur Ausgabe findet. Ich will das jetzt hier nicht alles aufschlüsseln, jeder kann sich über die Internetseite der Linksfraktion ([www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)) informieren.

Damit wurde zudem in Abweichung der Anfrage der Redaktion ein offensichtlich ursprünglich geplanter Teil des Artikels nicht realisiert und ein Eindruck erzeugt, den ich wirklich für fatal halte. Aber das war wohl wahrscheinlich so beabsichtigt. Ich für meinen Teil nenne so etwas tendenziös. Denn gerade wir LINKEN Landtagsabgeordnete haben sowohl mit der Alternative 54 und ihrer umfangreichen Spenden-Tätigkeit seit nunmehr schon 1995 und bisher 964.000 Euro als auch mit weiteren persönlichen und vielfältigen Unterstützungen vor allem für soziale Initiativen in Thüringen immer wieder große Resonanz erfahren. ■

## „Meine Zeit unter Linken“

ges bei Facebook von einem x-beliebigen Freund nicht überschreitet. Lappalien würden wir heute dazu sagen. Frank Kuschel spricht selbst von persönlicher und politischer Schuld, die ein jeder vor sich reflektieren muss, der unter den damaligen Umständen Verantwortung übernommen hat. Gerne dürfen sich ewig kritische Stimmen, wie Herr Stefan Sandmann (SPD) aus dem Ilmkreis, an ihn wenden, um der monoton und gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderung nach Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit aus ihrer Sicht Befriedigung zu verschaffen.

Doch was gab es daneben inhaltlich Neues für mich zu entdecken? Direkt in die Zeit des Wahlkampfes hineinrutschend reihte sich zunächst Veranstaltung an Veranstaltung. Wahlkampfreden von Bodo Ramelow in Arnstadt, „Gysi kommt!“ in Eisenach, Diskussion zum Kali-Fusionsvertrag in Merkers, Sommerfest der LINKEN in Bad Salzungen usw. Nicht immer spielte dabei das Wetter mit, sodass Bodo Ramelow und das Sommerfest teilweise im Regen untergingen und sich dies negativ auf die Besucherzahl auswirkte. Massenveranstaltung sieht anders aus, dem persönlichen Kontakt zu nachfragenden Bürgern tat das aber keinen Abbruch. Politik erleben konnte ich dann



im Arnstädter Rathaus, als die LINKE nach über 24 Jahren zum ersten Mal überhaupt einen Ausschussvorsitzenden stellen konnte. Mit Mareike Graf (25) als Vorsitzende des Ausschusses Jugend, Sport, Soziales erfüllte sich ein eigentlich als selbstverständlich gedachter Grundsatz freiheitlicher demokratischer Grundordnung, dass entsprechende Wahlergebnisse und Stimmanteile in politische Verantwortung münden. Der Geist der Demokratie scheint langsam auch in den Köpfen der übrigen Fraktionen im Arnstädter Stadtrat Einzug zu halten.

Eine besonders lebhaft, um nicht zu sagen emotionsgeladene Kreistagssitzung des Ilmkreises zählt zweifelsohne zu einem Höhepunkt meines Praktikums. Beim Streit um die Grundschule in Marlshausen hat sich die Landrätin Petra Enders mit viel emotionalem Nachdruck für eine Sanierung eingesetzt. Dadurch fühlten sich einige Mitglieder aus den Reihen von CDU und

FDP angegriffen und warfen Petra Enders einen unsachlichen Diskussionsstil und Beleidigungen vor. Nach heftigem Für und Wider einer möglichen Sanierung kamen auch der Ortsteilbürgermeister von Marlshausen und die Schulleiterin zu Wort. Sie appellierten an die Vernunft des Kreistages, man solle diese Streitigkeiten doch bitte nicht auf dem Rücken der Kinder austragen und eine Sanierung beschließen. Nach einer von der CDU geforderten Pause wurde dem Sanierungsvorschlag von LINKE, SPD und Grünen mit lediglich vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zugestimmt.

Neben diversen Zuarbeiten an Frank Kuschel rundete ein Ausflug nach Berlin zum Treffen der kommunalpolitischen Sprecher der LINKEN mein Praktikum ab. Einen nachhaltigen Mehrwert konnte dieses Treffen leider nicht generieren, da eine Themenschwerpunktsetzung fehlte und es erneut keine befriedigende Antwort auf die Frage von Frank Kuschel bezüglich der Grundsteuerreform gab. Eine Telefonkonferenz im Vorfeld hätte sicher mehr inhaltliche Diskussion beim Treffen ermöglicht. Es herrschte jedoch Konsens, dass dieses Problem in Zukunft vermieden werden soll.

Einen vielfältigen Einblick, spannenden und informative Diskussionen und nicht zuletzt auch einige Fotos von mir und prominenten Vertretern der Partei DIE LINKE nehme ich mit in meinen neuen Studienabschnitt. Vielen Dank an DIE LINKE, Frank Kuschel, sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese Möglichkeit.

Victor Jacobi (im Foto mit Frank Kuschel) ■

## DAS THEMA

# Manchmal noch wie im „Wahlkampfmodus“

Zu den acht neuen der 28 Abgeordneten in der Linksfraktion im Thüringer Landtag gehört Anja Müller aus Leimbach im Wartburgkreis. Die 41jährige, verheiratet, zwei Töchter (Jule, neun Jahre, und Marie, 18 Jahre) verweist auf ihr Motto „Du darfst nicht nur wollen – Du musst auch tun“ und geht mit viel Schwung und Freude an die Arbeit im Landtag.

Dass sie über Ausdauer und Fitness verfügt, hat sie im heißen Wahlkampfmonat August unter Beweis gestellt. Nicht nur beim Plakate-Aufhängen, Wahlmaterial-Verteilen oder in Diskussionsrunden, auch als sie sich mit dem Abgeordneten Frank Kuschel, der übrigens gern und oft mit dem Fahrrad von Arnstadt zur Arbeit in den Erfurter Landtag fährt, auf den 167 Kilometer langen „Pfad der Zukunft“ begeben hatte. Dabei liefen die Beiden in ihren roten T-Shirts – Aufschrift „Thüringen sozial regieren“ – eine Woche lang von Kalttenordheim nach Erfurt, wo sie vom Fraktionsvorsitzenden persönlich begrüßt wurden.

Zwar ist Anja durchaus sportlich, aber die Strecke war schon eine Herausforderung. Spaß hats trotzdem gemacht, das Laufen, und sie vermisst es jetzt manchmal, sagt Anja mit ihrem ansteckenden Lachen und ergänzt, sie müsse den Kopf frei kriegen, denn manchmal fühle sie sich „immer noch

im Wahlkampfmodus“. Auf die Frage, wie sie zur LINKEN kam, braucht sie nicht lange nachdenken. „Politik war bei uns Zuhause immer Thema.“ Die Mutter war Bürgermeisterin in Leimbach, 14 Jahre später kandidierte die längst erwachsene Tochter erstmals für den Gemeinderat. Damals klappte es zwar nicht gleich und sie wurde zunächst berufene Bürgerin im Sozialausschuss, aber der Weg war eingeschlagen. Nachdem sie zuvor immer wieder an Basisgruppenversammlungen teilgenommen hatte, trat sie 2005 auch der damaligen PDS bei. Bewusst – oder wie Anja sagt „aus Protest“ – in der Zeit, da die Partei den Einzug als Fraktion in den Bundestag nicht geschafft hatte.

Als Gemeinderätin, Kreistagsmitglied und Vorsitzende des Kreisverbandes der LINKEN Wartburgkreis-Eisenach (ein Ehrenamt, das sie sich in Ko-Funktion mit Sascha Bilay aus Eisenach teilt) bringt sie reichlich kommunalpolitische Erfahrung in den Landtag mit. Hinzu kommen ihr Engagement in verschiedenen Initiativen und Vereinen, und vor allem auch die vergangenen fünf Jahre als Wahlkreismitarbeiterin von Frank Kuschel. Das Bad Salzunger Büro wurde zunehmend zu einer Anlaufstelle auch für junge Leute. Be-



sonders mit ihrer tatkräftigen Unterstützung für den „Rock gegen Rechts“ im Waldstadion des benachbarten Merkers, das im nächsten Jahr bereits zum zehnten Mal stattfindet und sich zum größten linken Musikfestival Thüringens gemausert hat, gelang es ihr, junge Sympathisanten für die LINKE zu gewinnen. In Bad Salzungen, und darüber freut sich Anja Müller besonders, wird sie auch ihr Wahlkreisbüro einrichten. „Dass sich mit Ehrlichkeit und Bodenständigkeit viel erreichen und bewegen lässt, konnte ich mehrfach

beweisen. Dies möchte ich nun im Landtag als Abgeordnete fortsetzen“, heißt es auf ihrer Internetseite ([www.anjamüller2014.de](http://www.anjamüller2014.de)). Aber jetzt hofft sie erst einmal, „dass wir die Landesregierung stellen, damit die notwendigen Veränderungen kommen für Thüringen und für den Wartburgkreis“.

A. Rudolph

Foto: Die Abgeordneten Anja Müller (links) und Katinka Mitteldorf

## Im Gespräch: Rainer Kräuter, Abgeordneter der Linksfraktion im Landtag

Rainer Kräuter, Jahrgang 1964, gebürtiger Rudolstädter, wohnhaft in Königsee, Polizist aus Leidenschaft und zuletzt Vorsitzender des Personalrates der Landespolizeiinspektion Saalfeld, erhielt bei der Landtagswahl als Direktkandidat für die LINKE im Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt I 31,2 Prozent. Zwar musste er sich damit dem CDU-Kandidaten geschlagen geben, aber ein Achtungserfolg für den Neuling in der Landespolitik war es allemal. Dass er so gut wie sicher für die LINKE in den Landtag kommt, war ja bereits nach dem Listenparteitag klar, wo auf Platz 24 gewählt wurde. Jetzt ist er einer von 28 Landtagsabgeordneten der LINKEN. Für den Parlamentsreport hat er Auskunft gegeben zu seinem Woher und Wohin.



**Als ergebnisorientiert bezeichnest Du Deine Arbeitsweise. Organisation und Gruppenprozesse – Du betonst dabei die Wertschätzung der Gruppenmitglieder – sind weitere Dir wichtige Themen. Warum?**

Das sind die Erfahrungen aus 30 Dienstjahren. Noch kurz vor der Wende zum Leutnant der Deutschen Volkspolizei ernannt, bin ich seither in den verschiedensten Bereichen der Thüringer Landespolizei tätig gewesen: Ab 1990 im Streifen- und Einzeldienst in der Polizeiinspektion Rudolstadt, danach in einer Zivilen Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität. 1995 wechselte ich in die Kriminalpoli-

zeinspektion Saalfeld. Hier gehörte die Bekämpfung der Wirtschafts-, Betrugs-, Drogen- und Computerkriminalität zu meinen Aufgaben. Mit Sorge habe ich die Entwicklung der Thüringer Landespolizei in den 90er Jahren beobachtet und mich als Vorsitzender der Kreisgruppe Saalfeld der Gewerkschaft der Polizei mehrfach erfolgreich gegen verschiedene Missstände zur Wehr gesetzt. Als Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei trat ich über mehr als ein Jahrzehnt die Kriminalpolitik im Landesbezirk der GdP Thüringen gegenüber den Gremien meiner Gewerkschaft. Mehr als vier Jahre lang, bis 31. Mai 2014, war ich als Vorsitzender des Personalrates der heutigen Landespolizeiinspektion Saalfeld tätig und setzte mich gegenüber dem Dienstherrn für die Rechte der Kolleginnen und Kollegen meiner Behörde ein.

**Stichwort Polizeireform. Das ist ja in Thüringen eine unendliche und eher unerfreuliche Geschichte...**

Ich erinnere an OPTOPOL, das ist die Abkürzung für die Optimierung der Organisationsstruktur der Thüringer Polizei. Das war 2006/2007. Wir, als Gewerkschafter der Kreisgruppe Saalfeld zusammen mit Kolleginnen und Kollegen des geschäftsführenden Vorstandes und des Landesbezirkes der GdP Thüringen, haben diese unsägliche Reform verhindert. Dann kam die Polizeistrukturreform PSR. Es ging immer nur um Personalabbau in Größenordnungen ohne eine vorherige Aufgabenanalyse, also um drastische Einschnitte mit gravierenden Folgen für Einsatzzeiten und flächendeckende Präsenz der Polizei. Wir haben uns gewehrt und schnell wurde klar, dass der Dienstherr alles versuchen würde, die gewerkschaftlichen Aktivitäten mit den Mitteln des Dienstordnungsrechtes zu überprüfen und disziplinarische Schritte einzuleiten.

**Was wurde daraus?**

Über diese Zeiten zu reden, ist hier und heute nicht zielführend. Es gab Strafverfahren, es gab Strafanklagen, es gab eine unzählige Anzahl von disziplinarrechtlichen Verfahren. Alle Verfahren mussten eingestellt werden. Dazu gehört auch ein Verfahren gegen meine Lebenspartnerin, die ebenfalls Polizeibeamtin ist. Diese Erfahrungen gehören aufgearbeitet, aber nicht jetzt

und heute, wo andere Aufgaben zu lösen sind. Ein Verfahren hängt mit der unsäglichen Beurteilungspraxis in der der Thüringer Landespolizei zusammen. Menschen werden wegen vorgegebener Quoten für durchschnittliche, gute oder hervorragende Leistungen falsch beurteilt. Das hat gravierende Auswirkungen auf ihre Laufbahn. Ich habe Kolleginnen und Kollegen vor dem Verwaltungsgericht Gera mit vertreten. Daraufhin wurde gegen mich Anklage erhoben wegen Verrats von Dienstgeheimnissen. Nach Prüfung der Rechts- und Aktenlage hat das Gericht das Verfahren nicht zugelassen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

**Es muss sich also einiges ändern. Wofür vor allem wirst Du Dich als LINKE-Landtagsabgeordneter einsetzen?**

Das unsägliche Beurteilungsrecht bei der Thüringer Polizei muss abgeschafft und eine Polizeiverwaltungslaufbahn eingeführt werden. Und strukturell betrachtet geht es um die Optimierung von Interventions- und Reaktionszeiten bei der Thüringer Polizei. Der Zentralisierungswahnsinn muss ein Ende haben, denn es kann nicht sein, dass der Weg der Bürger zur Polizei (und umgekehrt) immer länger wird. Wichtig sind mir auch die Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes und die Gewerkschaftspolitik.

# „Kohl-Protokolle“: Der „Einheitskanzler“ missachtet die DDR-Bürgerbewegung

**Zugegeben, bei mir hat auch das Argument, das Buch als Rarität zu kaufen, eine wichtige Rolle gespielt. Und auf die Nachricht hin, Helmut Kohl klage gegen die Veröffentlichung von „Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle“ seines früheren Biographen Heribert Schwan, wollte ich schnell handeln.**

Ich wurde nach kurzer Suche im Internet bei einem Händler fündig, der betonte, er liefere das Buch sofort aus – noch bevor Kohl Schwärzungen durchsetzen könne oder das Projekt möglicherweise komplett stoppe. Das war freilich ganz schlechtes Timing: nur zwei Tage später meldeten die Agenturen, Kohl habe seine Beschwerde zurückgezogen. Experten gehen trotzdem von einem juristischen Tauziehen aus, wir werden sehen, ob mein Kauf noch zur Geldanlage wird...

Bleibt zunächst ein Buch, mit dem zuallererst ein Journalist mit Kohl abrechnet. Schwan war beauftragt, dessen Biographie(n) zu schreiben, als „Ghostwriter“. Dazu hat er Interviews mit Kohl geführt, ab 2001 über 600 Stunden lang. Das ging auch einige Bücher lang gut. Doch dann wurde er gefeuert – auf Betreiben der neuen Kohl-Ehefrau Maike Kohl-Richter, wie er vermutet. Die Neue, 34 Jahre jünger als Kohl, wolle die Deutungshoheit über die Biographie des Ex-Kanzlers erlangen, mutmaßt Schwan wohl nicht ohne

Grund. Die Kassetten mit den Interviews musste Schwan auf einen Gerichtsbeschluss hin bereits an Kohl zurückgeben – er besitzt aber, wie er freimütig zugibt, Kopien und Verschriftungen. Heribert Prantl, Journalist und Jurist (sogar Richter), leugnet (dabei ausschließlich juristisch und nicht journalistisch argumentierend) in der Süddeutschen Zeitung übrigens ein so großes öffentliches Interesse, dass Kohls Rechte einfach „mittels eines Buches beiseitegeräumt werden“.

## Von Feinden umzingelt

Besteht das Buch nun nur aus saftigen Pöbeleien Kohls gegen alle und Jeden (vor allem aus der CDU, wie Schwan betont), aus denen die Medien schon vor Erscheinen ausgiebig zitiert hatten? Nein, die sind immer wieder eingestreut in teils weitschweifige Erläuterungen, mit denen Schwan seinen Vertrauensbruch (denn darum handelt es sich zweifellos) plausibel machen will. Thüringer sind von dem Gepöbel nicht betroffen, nur Lothar Späth, zeitweise in Jena tätig, bekommt (ordentlich) sein Fett weg („Schaumschläger“, „degoutant“, Teil der Spiegel-„Mischpoke“). Den Studienfreund Bernhard Vogel sieht Kohl als wenig durchsetzungsstark.

Inhaltlich bleibt das Psychogramm eines Mannes, der trotz seiner immensen Macht und eines ausgefeilten

Herrschaftssystems, mit dem er die CDU über zweieinhalb Jahrzehnte dominierte, höchst unsicher blieb, sich stets von Feinden umzingelt sah – und der nach dem Machtverlust durch Abwahl und Spendenaffäre verbittert und rachsüchtig war. Bedrückend: Kohl fehlt jedes Unrechtsbewusstsein dafür, mit dem mafiosen „Ehrenwort“ seinen Amtseid als Kanzler gebrochen zu haben. In der Flick-Affäre hatte er sich seinerzeit 79mal (!) auf „Gedächtnislücken“ herausgeredet...

Bei Spiegel Online glaubt Jacob Augstein, „allein das Urteil des Altkanzlers zur Genese der deutschen Einheit ist das Buch wert“. Für Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung dürfte es aufschlussreich sein, was der damalige CDU-Vorsitzende und als „Einheitskanzler“ glorifizierte Kohl über sie denkt, wenn er schreibt: „Es ist ganz falsch, so zu tun, als wäre da plötzlich der Heilige Geist über die Plätze in Leipzig gekommen und hat die Welt verändert“. Es seien, so missachtend äußert sich Kohl über die DDR-Bürgerbewegung, doch nur die ökonomischen Interessen der Sowjetunion gewesen, die zum Ende der DDR führten.

Stefan Wogawa

*Heribert Schwan / Tilman Jens: Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle Heyne Verlag, 256 Seiten, ISBN: 978-3-453-20077-7, 19,99 EUR* ■

## Jede Unterstützung für NSU-Ausschuss in Baden-Württemberg

**Katharina König, LINKE-Landtagsabgeordnete und ehemalige Obfrau ihrer Fraktion im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss, sagte zu der am 17. Oktober veröffentlichten Erklärung der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, dass diese einen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex beantragen werde: „Über Jahre wurde die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg überparteilich und außerparlamentarisch gefordert. Es ist erfreulich, dass sich die SPD-Fraktion vor Ort nun dafür einsetzt.“**

Katharina König verwies auf die diversen Verbindungen Thüringer Neonazis nach Baden-Württemberg sowie die bisher ungeklärten Fragen rund um den Mord an der Polizistin Kiesewetter und erklärte dazu: „Nur Teile davon können wir in einem zukünftigen Thüringer Untersuchungsausschuss bearbeiten, zur Aufklärung des Mordes wie auch des NSU-Komplexes im Gesamten ist ein Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg dringend nötig.“

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN bot dem zukünftigen Untersuchungsausschuss Kooperation an und betonte: „Insbesondere zu den Verbindungen zwischen Thüringer und Baden-Württemberger Neonazis konnten wir im und über den Thüringer Ausschuss Erkenntnisse erlangen, welche wir gern zur Verfügung stellen.“

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hatte zum angekündigten Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu den NSU-Morden unterstrichen, dass dies notwendig sei, da die Enquete-Kommission zu diesem Thema in keinem guten Zustand sei und eine Pause brauche. Katja Mast, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg, begrüßte den Vorschlag der SPD-Fraktion: „Das ganze Thema ist viel zu ernst, als dass dies in Verfahrenstreitigkeiten in der bisherigen Enquete untergehen dürfte. Mit einem Untersuchungsausschuss eröffnet sich nun die Chance, die Machenschaften des NSU in der Vergangenheit aufzudecken. Wir als SPD werden dabei bei unserem gesellschaftspolitischen Kampf gegen Rechtsextremismus heute und in Zukunft nicht nachlassen.“

In der Woche bis zum 24. Oktober sollen im Stuttgarter Landtag erste Entscheidungen für die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses fallen. Sowohl der Ausschussvorsitz als auch die Besetzung der Obmann-Posten könnten relativ zügig festgelegt werden, so die Grünen-Fraktion. Eventuell könnten auch schon Gespräche über die Formulierung des Einsetzungsauftrags aufgenommen werden. Ziel der Regierungsfaktionen – in Baden-Württemberg sind die Grünen in einer Koalition mit der SPD – bleibe es, alle Fraktionen an Bord zu holen und

einen gemeinsamen Auftrag zu formulieren. Der Ausschussvorsitz fällt der SPD-Fraktion zu. Untersucht werden soll, welche persönlichen Verbindungen der NSU-Rechtsterroristen nach Baden-Württemberg existierten und ob es hier Unterstützerstrukturen gab.

Auch der mutmaßliche NSU-Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn soll genauer betrachtet werden. Liegen die Ergebnisse des Ausschusses vor, soll die zerstrittene Enquete-Kommission zum Thema Rechtsextremismus ihre Arbeit wieder aufnehmen und über weitere Maßnahmen beraten – u.a. was Präventionsfragen anbelangt. ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Vertrauen verspielt

Die künftige EU-Kommission wirft ihre Schatten voraus. Das Proporzgehabe von Staaten und Parteienbündnissen führt zu einer Mannschaft des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, die teils kläglich, teils bedrohlich wirkt.

Die Slowenin Alenka Bratusek etwa, vorgesehen als Verantwortliche für die EU-Verkehrsunion, fiel bei der Anhörung vor dem Europaparlament durch. Die Gründe: Fehlende Sachkenntnisse und der anrühige Verdacht, sich als bereits abgewählte Regierungschefin quasi selbst für den EU-Spitzenposten nominiert zu haben. Ersatzkandidatin ist Violeta Bulc. Sie soll für die Verkehrspolitik zuständig sein und einen Hang zur Esoterik haben.

Der Ungar Tibor Navracsics von der rechtskonservativen Fidesz-Partei wird doch nicht EU-Kulturkommissar. Dass jemand, der als ungarischer Justizminister für Gesetze zur Einschränkung der Pressefreiheit verantwortlich zeichnete, überhaupt für diesen Posten vorgesehen war, ist der eigentliche Skandal. Navracsics wird wohl trotzdem EU-Kommissar und erhält nur ein anderes Ressort.

Anrühig kommt auch der Finanzmarkt-Kommissar daher, der Brite Jonathan Hill. Er musste zweimal in die Parlamentsanhörung, da er zunächst nicht schlüssig erläutern konnte, wie er als langjähriger Finanzlobbyist (für die Großbank HSBC und Londons Börse) in das auch für die Finanzmarktregulierung zuständige Amt passt.

Zu den Lobbyisten zählt ebenso der Spanier Miguel Arias Cañete, der EU-Energiekommissar werden soll. Er hat erst im September zugesagt, sich von seinen Aktien der Ölunternehmen Petrolifera Ducar und Petrologis Canarias zu trennen. Die Beispiele zeigen: mit ihren Vorschlägen für das EU-Exekutivorgan verspielen Juncker und die ihn stützenden politischen Kräfte weiter fahrlässig Vertrauen. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.